



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/208 - 7.9.1951

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 7654-59  
Fernschreiber 039 890

Zur Konferenz in Washington (10.9.)	S. 1
Frankreichs aussenpolitische Probleme (Bericht aus Paris)	S. 3
Die Erschliessung des Emslandes	S. 5
Arbeitgeber und hessischer Streik	S. 7

## Schlechtes Klima in Washington

P.R. Man hat sich über den Ausdruck von der alliierten "Politik der fortgesetzten Ohrfeigen" aufgeregt und gesagt, solche aufreizenden Formeln seien unfair, weil sie nicht den Tatsachen entsprächen. Man vergesse in Deutschland leider zu leicht Wohltaten, deren man in den vergangenen Jahren teilhaftig geworden sei. Nun - die Verantwortung des Vormundes, der sich selbst einsetzte, für den Entmündigten schliesst wohl die Verpflichtung ein, für dessen materielle Bedürfnisse mit zu sorgen. Das ist geschehen und dankbar vernekt worden. Damit immer neue Kränkungen und Bestrafungen zu verbinden, ist sicher nicht das Richtige, zumal dann nicht, wenn man gezwungen ist, zu erklären, man brauche den Bevormundeten dringend.

Das sollte man sich ruhig am Vorabend der Washingtoner Konferenz vergegenwärtigen. Der amerikanische Hochkommissar ist zu dieser Konferenz vor einigen Tagen von Frankfurt aus, sozusagen in einer Wolke von Zuversicht und väterlichem Zuspruch, aufgestiegen. Er hat von Deutschlands bisher grösster Chance gesprochen und er war so freundlich, von "wirklich staatsmännischen Stimmen" zu sprechen, "die von Zeit zu Zeit in der Bundesrepublik zu vernehmen sind", Kleinliche Kritik an den Alliierten und ihrer Politik bringe keine Lösung des deutschen Problems.

Das war unmittelbar nach einer ganzen Serie von politischen Backenstreichen für die Bundesregierung, die amtliche, wenn auch nicht sehr erfolgreiche Sachwalterin der Interessen des deutschen Volkes. Sie sind auch überall als solche empfunden worden - bis auf einen kleinen Kreis von unentwegten Kanzlertreuen.

Inzwischen ist aber aus der Hohen Kommission bekannt geworden und soeben durch das amerikanische Außenministerium bestätigt worden, dass die Westregierungen durch ihre Vertreter als ein Partner Deutschland gegenüber treten werden. Man hat erfahren, dass als Voraussetzung für die vielerwähnten beiderseitigen Verträge die Ratifizierung des Schumanplanes und die Verpflichtung auf einen deutschen militärischen Beitrag im Sinne eines, gegenüber der ursprünglichen Konzeption nur unwesentlich veränderten Plevanplanes gelten soll. Das ist in dürren Worten der Kern. Alles andere ist, wie Schumacher einmal in ähnlichem Zusammenhang gesagt hat, 'Feuilleton'.

Die Konferenz in Washington ist eine interne westalliierte Lage-Besprechung zur Fixierung der Richtlinien für die weitere Deutschland-Politik. Ein konkreter Anlass zu besonderen Hoffnungen, diese Richtlinien würden einen nennenswerten Fortschritt gegenüber der bisherigen Praxis bedeuten, besteht nicht. Es wird eine Erklärung "über den Schutz der Demokratie in Deutschland" erwartet, von der die Times schrieb, sie werde vermutlich "etwas vage gehalten werden müssen, um nicht den Eindruck zu erwecken, als verletze sie die Souveränität der Bundesrepublik". Diese Besorgtheit ist fast rührend. Schließlich wird wohl eine Ernennung der Hohen Kommissare herauskommen, in Einvernehmen mit der Bundesregierung, die Einzelheiten über einen "neuen Rechtszustand" zu erarbeiten. Das soll zunächst in neuen Besprechungen mit den Deutschen auf dem Petersberg erfolgen.

Über die Atmosphäre und die Aussichten der weiteren Konferenzen und Besuche in den Monaten September und Oktober irgendetwas aussagen zu wollen, wäre geradezu vermessen. Nirgends aber ist bisher auch nur angedeutet worden, dass das entscheidende Problem der effektiven politischen Gleichberechtigung auch nur ernsthaft aufgegriffen werden soll. Das die Kreise der Hochkommission optimistisch sind, versteht man, dass es auch die Bundesregierung ist, ist schwer zu begreifen.

Frankreichs aussenpolitische Probleme

A.F.Paris, Mitte September 1951

Die zahlreichen, bis zum Jahresende vorgesehenen internationalen Konferenzen verpflichten Frankreichs Regierung und Parteien, ihre aussenpolitischen Ansichten etwas näher zu umschreiben. Die jüngsten Erklärungen gestatten, sich von der französischen Politik in einigen Punkten ein ziemlich klares, wenn auch nicht widerspruchsfreies Bild zu machen.

Die Regierung bleibt ihrer bereits bekannten Europapolitik treu. Ihr Ziel ist nach einer Erklärung von Aussenminister Schuman die schrittweise Schaffung eines "geeinten Europas ohne Diskriminierung". Als wichtigste Werkzeuge hierfür proklamiert der Quai d'Orsay weiterhin: Schumanplan und Plevenarmee. Sobald sie einigermaßen unter Dach und Fach gebracht sind, wird man den europäischen Staaten die Agrarunion vorschlagen und vielleicht auch einen gemeinsamen Wirtschaftsplan für die Entwicklung Afrikas.

In welchem Umfang Frankreich bereit ist, auf seine bisherigen Besatzungsrechte in Deutschland zu verzichten, ist vorläufig nicht bekannt. Gegen die Ersetzung des Besatzungsstatutes durch vertragliche Vereinbarungen bestehen in Paris keine Einwendungen. In seiner Parlamentserklärung sprach jedoch in diesem Zusammenhang der Aussenminister von "gewissen Grenzen und gewissen Vorbehalten". Ihr Umfang und ihre Tragweite werden entscheidend sein.

Die beiden nichtkommunistischen Parteien, die nicht unmittelbar an der Regierung beteiligt sind, Gaullisten und Sozialisten, sprechen in dieser Hinsicht eine weit entschiedenerere Sprache als der Aussenminister. Beide Gruppen stellten wieder einmal die deutsche Gefahr in den Vordergrund, wobei es anlässlich der aussenpolitischen Aussprache der gaullistische Sprecher erstaunlicherweise fertig brachte, in einer 30 Minuten dauernden Rede, die Sowjet-Union überhaupt nicht zu erwähnen. Der Gedanke der Europaarmee wird als Utopie hingestellt, solange der Kontinent nicht über eine tatsächliche, politische Autorität im Rahmen einer lebensfähigen europäischen Föderation verfügt. Das geeinte Europa müsse ohne Rücksicht auf die britische Haltung geschaffen werden. Der Haupteinwand der Gaullisten

gegen den Plevenplan ergibt sich aus dem darin vorgesehenen Verzicht auf die Nationalarmeen. Ohne Wehrhoheit besitze die französische Aussenpolitik keine Autonomie mehr. Im gleichen Sinne sprach sich der ehemalige, sozialistische Verteidigungsminister, Jule Moch, aus. Bei der Aufrechterhaltung der Wehrhoheit denken die Gaullisten aller Wahrscheinlichkeit nach nicht zuletzt an die französische Unabhängigkeit gegenüber den Vereinigten Staaten. Im sozialistischen Lager ist man ebenfalls den Amerikanern gegenüber nicht ohne Misstrauen, da man besonders die Unvorsichtigkeiten einer für zu naiv gehaltenen, amerikanischen Diplomatie fürchtet.

Der zweite Brennpunkt der französischen Aussenpolitik ist das Mittelmeer. Nordafrika bleibt der Schlüssel der französischen Union und hat aus diesem Grunde für Paris viel grössere Bedeutung als das so kostspielige Indochina. Je grösser das französische Prestige im Mittelmeer ist, desto sicherer ist die Stellung Frankreichs in seinen nordafrikanischen Besitzungen. Es legt daher gestärkten Wert auf eine führende Beteiligung an der Verteidigungsorganisation des westlichen und östlichen Mittelmeerbeckens. Die französische Freundschaft für Italien steht mit dieser Tendenz in Verbindung.

An der offiziellen französischen Opposition gegen Franco-Spanien hat sich nichts geändert, man darf aber daraus nicht auf irgendwelche französische Widerstände gegenüber der bereits begonnenen amerikanischen Spanienpolitik schliessen. Man erwartet von Washington lediglich, dass es bis auf weiteres an der spanischen Abseitsstellung nichts ändert.

Der Abschluss der verschiedenen amerikanischen Sonderbündnisse im Pazifik rief in Paris Enttäuschungen hervor, weil man auf eine formelle amerikanische Bindung für Indochina wartet und eine Beteiligung Frankreichs an einem allgemeinen Pazifikpakt für selbstverständlich und auch für erforderlich hält. Die Vorbereitungen eines derartigen Faktes werden in den kommenden Monaten zu den wichtigsten Aufgabengebieten der französischen Diplomatie gehören. Dabei dürfte man sorgfältig darauf achten, dass die Amerikaner keine zu enge, direkte Beziehungen mit den drei autonomen Staaten Indochinas unterhalten.

## Das Emsland wird erschlossen

## Bericht über eine Zwei-Tagefahrt

-dt. Als der Bundestag einstimmig den Emslandplan genehmigte, der die Erschliessung dieses grössten europäischen Moorgebietes mit einem Aufwand von 500 Mill. DM, aufgeteilt auf zehn Jahre, zum Gegenstand hat, wussten ausser den Mitgliedern des Grenzlandausschusses wohl nur wenige der zustimmenden Abgeordneten, wie es im Emsland aussieht. Dass es trotzdem zu dem einstimmigen Beschluss kam, hat ausserpolitische Gründe: mehr oder weniger offen hatte Holland Geforderungen mit der Begründung erhoben, dass Deutschland nicht in der Lage sei, das Emsland zu kultivieren. Die Abgeordneten holen nun das Versäumte nach: in diesen Tagen hat der Ernährungsausschuss das Gebiet besichtigt, der Haushaltsausschuss wird folgen.

Es geschieht allerhand heute in diesem abwechslungsreichen Land an der Ems, in dem es nach dem Schweiss der Kolonisation und nach Erdöl riecht. Noch vor zwei Jahren war der Hasselberg, eine 16 m hohe Erhebung auf dem flachen Tisch des weiten Bourtangener Moores, von einer Moorsteppe umgeben, deren Charakter von dem einsamen, am "Berg" stehenden Zollhaus noch verstärkt wurde; heute weiden, wie seit Jahrzehnten drüben in Holland, prächtige Kühe um den "Berg" und auf neu erbauten Feldwegen wird die erste Ernte eingefahren.

Den Emsland-Auftrag des Bundestages führt die im März d.J. gegründete Emsland GmbH, Meppen, durch. Ihre Anteile sind zu je einem Drittel auf Bund, Land Niedersachsen und zehn beteiligte Landkreise verteilt. Genaue Aufzeichnungen darüber, wie gross alle Moorgebiete sind, fehlen heute noch; bis zum Abschluss der jetzigen amtlichen Erhebungen ist man auf Schätzungen angewiesen, die zwischen 80.000-110.000 Hektar schwanken. Im Wirkungsbereich der Emsland GmbH, erschlossen oder unerschlossen, leben heute rund 500.000 Menschen, das Gebiet hat demnach eine Siedlungsdichte von 60 bis 80 Menschen auf einen Quadratkilometer. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 220.

Wasser, Torf und Erdöl - das sind, auf eine einfache Formel gebracht, die Schätze des Emslands. Das Wasser in die richtigen Kanäle zu leiten, den Torf entweder durch Pflügen und Düngen zu Muttererde zu machen, wo das möglich ist, oder ihn industriell abzubauen, das sind die Kernprobleme des Landes. Gelingt es, den Emslandplan unge-

stört zu Ende zu führen, dann ist Deutschland um 400.000 Morgen Ackerland und 80.000 Morgen Jungforst reicher. 100.000 to Kartoffeln, 25.000 to Getreide (kein Weizen) und 40 Mill. Liter Milch kann dieses Gebiet jedes Jahr liefern. Rund 25 Mill. to Torf können, bezw. müssen industriell abgebaut werden, weil die Dampfpflüge "nur" bis zu 1.60 m tief pflügen können, der Torf aber an manchen Stellen eine Mächtigkeit von 6 m erreicht. Beides, der Torfabbau und die Kultivierung, werden immer stärker aus den Händen der Menschen in die Greifzangen und Pflugscharen mächtiger Maschinen gelegt; wo einst KZler und noch früher Sträflingen in langen Kolonnen den Spaten ins morastige Land stiessen, wird heute dem Murr mit einer Woge von Stahl und Eisen der Garaus gemacht. Trotz Riesen-Baggern und Riesen-Pflügen weht aber der romantische Hauch des Pioniertums heute nirgendwo stärker als im Emsland.

Dazu gesellt sich die merkantilistische Romantik des Erdöls. Vor zwei Jahren sprach man noch von zehn Mill. to Erdöl, die im Emsland lagern; heute verzeichnen vorsichtige Wissenschaftler einen Vorrat von 27 Mill. to, das sind drei Viertel des gesamten deutschen Erdölvorkommens, und die Forschungen sind noch nicht abgeschlossen. Kreuz und quer durchziehen in der Grafschaft Bentheim, dem Zentrum des Öl-Booms, die Pipelines von fünf Erdölgesellschaften das Land. Heute noch münden sie alle bei den über Nacht aus dem Boden gestampften Ölbahnhöfen. In zwei Jahren werden sie ihren dunklen, dickflüssigen Inhalt in die grosse Erdölraffinerie Holthausen schicken, die bei Lingen mit einem Aufwand von 60 Mill. DM in Entstehen ist und die dann jedes Jahr 500.000 to Öl raffinieren wird.

Das Zukunftsland der Bundesrepublik wird das Emsland genannt. Verläuft alles planmässig, dann wird man in wenigen Jahren die Atlanten umarbeiten müssen. Aber schon ist die diesjährige Bundes-Rate von 40 Mill. DM auf 20 Mill. gekürzt worden. Man wird wohl den Plan etwas strecken müssen.

Billiger, alter Trick  
 -----

(sp) Die erste Reaktion, die der hessische Metallarbeiter-Streik bei den Unternehmern fand, war der Versuch, ihn um jeden Preis zu bagatellisieren. Grosse Zeitungen wurden bemüht, darzulegen, dass es sich in der Praxis nur um einige Unzufriedene handelte, die der Streikparole der IG-Metall gefolgt seien. Als Argument dafür wurden ausgerechnet die Betriebe genannt, welche die Gewerkschaften aus eigenem, freiem Entschluss vom Streik ausgenommen hatten. Die Arbeitgeberverbände glaubten, das missverstehen zu können. Ihre Antwort auf die Verhandlungsbereitschaft der Gewerkschaften war fast eine beleidigende Geste: man sei bereit, die Ecklöhne um 2 Pfg pro Stunde zu erhöhen - die Gewerkschaften hatten von vornherein auf 12 Pfg bestanden. Die Schlussfolgerung, die die IG-Metall daraus ziehen musste, nämlich den Streik nun auch auf die solange ausgenommenen Betriebe auszudehnen, lässt jetzt eine Verkleinerung der Bedeutung des Streiks nicht mehr zu.

In dieser Situation hat der Bundesverband der Arbeitgeberverbände in Köln eine Erklärung abgegeben, die ganz klar dem Zweck dienen soll, den Streik politisch zu dikreditieren. Wieder einmal wird die kommunistische Karte ausgespielt und behauptet, dieser Streik erfahre, mehr oder weniger direkt, durch die Kommunisten finanzielle Unterstützung. Man habe ferner Beweise, dass gerade von kommunistischer Seite her mit Eifer der Versuch betrieben werde, den Streik auch auf Nordrhein-Westfalen auszudehnen. - Der Trick ist so billig wie alt: dadurch, dass man die gerechtfertigte Lohnforderung der Metallarbeiter in Verbindung mit den kommunistischen Sabotageversuchen gegen die Wirtschaft der Bundesrepublik in Verbindung zu bringen sucht, will man das politische Ansehen der Gewerkschaft schädigen und die Wirksamkeit ihrer Aktion untergraben. Die Kommunisten haben auf die Streikbewegung nicht den geringsten Einfluss. Für die Arbeitgeber ist das offenbar so betrüblich, dass sie diesen Einfluss erfinden, um mit ihm operieren zu können.

+ + +

Salomonischer Ratschlag  
 -----

(sp) Eine grosse Deutsche Zeitung, die sich vorwiegend mit Wirtschaftsfragen befasst, schrieb dieser Tage zum Thema Nationalhymne:

"Will die Bundesrepublik eines Tages wieder eine Nationalhymne ihr eigen nennen, eine wirkliche Hymne, die niemand mit Schweigen übergeht, wird sie sie nicht gegen einen wichtigen Teil des Volkes wählen können. Also nicht gegen die Stimme der SPD. Aber es wäre ebenso schädlich, gegen die Millionen jener anderen zu entscheiden, denen das Deutschlandlied am Herzen liegt".

Dies ist mal ein salomonischer Rat. Die Regierung wird nun genau wissen, was sie zu tun hat.

-----  
 Verantwortlich: Peter Raunau